

AUS DER MITTE
DER GESELLSCHAFT
AUSGEGRENZT
ABGEHOLT
VERNICHTET

DIE DEPORTATION
DER JÜDISCHEN
BEVÖLKERUNG
AUS BERLIN
ZWISCHEN 1941 UND 1945



AUS DER MITTE DER GESELLSCHAFT AUSGEGRENZT ABGEHOLT VERNICHTET

DIE DEPORTATION DER JÜDISCHEN BEVÖLKERUNG AUS BERLIN ZWISCHEN 1941 UND 1945

Sie lebten in der Mitte der Gesellschaft, waren Nachbarn, Kollegen, Freunde – zuweilen auch Vorbilder. Viele von ihnen waren seit Generationen in Berlin ansässig oder zogen vor allem nach der Reichsgründung 1871 aus nah und fern in die Hauptstadt. Nicht wenige prägten vor allem während der Weimarer Republik Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft maßgeblich.

1933 begann das nationalsozialistische Regime mit der Ausgrenzung, Entrechtung, Verfolgung und Vertreibung der jüdischen Bevölkerung. Diejenigen, die Deutschland nicht rechtzeitig verlassen konnten oder wollten, wurden schließlich deportiert. Die meisten der über 50 000 Berliner Juden, die zwischen 1941 und 1945 »vor aller Augen« in den von Deutschland besetzten »Osten« verschleppt wurden, überlebten nicht.

Der erste Deportationszug verließ das »Gleis 17« des Bahnhofs Grunewald am 18. Oktober 1941.

Aus Anlass dieses 80. Jahrestages widmete sich ein studentisches Team im Rahmen einer zweisemestrigen Lehrveranstaltung an der Universität Potsdam (Wintersemester 2020/2021 und Sommersemester 2021) dieser Geschichte. Die vorliegende Broschüre, die insbesondere im Schulunterricht eingesetzt werden soll, gibt einen historischen Einblick. Schlaglichtartig werden die Ereignisse, Akteure, Deportationsorte und vor allem das Schicksal der Deportierten, beispielhaft anhand von neun Biografien, dargestellt.

Dr. Elke-Vera Kotowski
Projektleiterin an der Universität Potsdam
und Chefkuratorin
der Moses Mendelssohn Stiftung

Aus der Mitte der Gesellschaft aber kein Teil der »Volksgemeinschaft« Ausgrenzung und Verfolgung

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 begann die Verfolgung politischer Gegner und der Juden in Deutschland. Dabei griffen staatliche Verordnungen und Gewalttaten von Anhängern des Regimes ineinander. Indem Juden zu »Volksfeinden« erklärt wurden, sollte die beschworene »Volksgemeinschaft« gefestigt werden. Der November 1938 markierte eine neue Stufe des anti-jüdischen Terrors. Über 100 Menschen fielen ihm unmittelbar zum Opfer, über 1 200 Synagogen und tausende Geschäfte wurden zerstört, bis zu 30 000 jüdische

Männer wochenlang in Konzentrationslagern (KZ) festgehalten. Unterdessen waren Sinti in vielen Städten in lagerähnlichen Wohngebieten zusammengedrängt worden.

Mit dem Überfall der Wehrmacht auf Polen am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg. Der Krieg ermöglichte der deutschen Führung die radikale Ausdehnung ihrer Verfolgungspolitik in den besetzten Gebieten und im eigenen Land. Anfang 1940 begannen die Gasmord an Patienten im Deutschen Reich und erste Deportationen nach Osten.

Eine der ersten zentral gesteuerten Gewaltaktionen war der anti-jüdische Boykott am 1. April 1933. SA-Angehörige vor dem Lederwarengeschäft »5 PS«, Inhaber Nathan Schmidt, vermutlich an der Leipziger Straße; Aufnahme des bekannten Berliner Fotografen Willy Römer (1887–1979).
© bpk/Kunstabibliothek, SMB,
Photothek Willy Römer, Foto: Willy Römer



Berlin-Wilmersdorf, 10. November 1938:
Die Synagoge an der Prinzregentenstraße 69/70 wurde in der Nacht zuvor durch Brand stark zerstört. Die Feuerwehr sorgte lediglich dafür, dass das benachbarte Gebäude nicht Feuer fing.
© Wiener Library, London





Berlin-Charlottenburg, 22. Januar 1939: Menschenschlange vor dem Reisebüro »Palestine & Orient Lloyd« in der Meinekestraße 2. Ganz in der Nähe, in der Meinekestraße 10, war die Jewish Agency

for Palestine untergebracht, die bis 1941 etwa 50 000 Juden zur Auswanderung nach Palästina verhalf.

© Bundesarchiv



Berlin-Charlottenburg, Tauentzien-/Ecke Nürnberger Straße, vermutlich 10. November 1938: Dieses Pressefoto wurde unter anderem in der »New York Times« veröffentlicht. Es zeigt die zerstörten Schaufenster des Bettengeschäftes »S. Kaliski & Co.«. Die damals 88-jährige Seniorchefin Charlotte Kaliski und ihre Tochter Hedwig Silberberg mussten das Unternehmen schließen. Ihnen gelang die Flucht in die USA. 1952/53 sandte die Familie diesen Zeitungsausschnitt an das Berliner Entschädigungsamt. Die Aufschrift lautet: »Dies ist eine Seite unseres Geschäfts.«

© Entschädigungsbehörde, Land Berlin



KZ Sachsenhausen, Februar 1941, Zählappell: Über 6 000 jüdische Männer – mehrheitlich aus Berlin – wurden nach dem 9. November 1938 dorthin gebracht, über 80 starben. Die große Mehrheit kam bis zum Frühjahr 1939 frei – unter der Auflage, sofort aus Deutschland zu emigrieren.

© Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen

Das »J« im Pass und auf der Brust der »gelbe Stern« Der Weg in die Vernichtung

Nachdem 1940/41 weite Teile Nord-, West- und Südeuropas unter deutsche Herrschaft gefallen waren, griff die Wehrmacht am 22. Juni 1941 die Sowjetunion an. Dieser Feldzug war von Anbeginn als Vernichtungskrieg geplant. Unmittelbar nach dem Überfall begannen deutsche SS- und Polizeieinheiten mit Massenerschießungen von Juden und kommunistischen Funktionären, die bald darauf auf jüdische Frauen und Kinder ausgeweitet wurden. Nachrichten über diese Verbrechen verbreiteten sich schnell in Deutschland. Zugleich richtete die deutsche Besatzungsmacht – wie im besetzten Polen – auf erobertem sowjetischem Gebiet Ghettos für die einheimischen Juden ein.

Auch die Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung im Deutschen Reich wurden verschärft: Ab dem 1. September 1941 galt eine Pflicht zur Kennzeichnung mit einem gelben Stern. Ebenso wurde es ihnen untersagt, den Wohnort zu verlassen. Am 15. Oktober begannen die Abtransporte in die Ghettos im Osten, deren Umsetzung durch das Verbot der Auswanderung am 23. Oktober rechtlich ermöglicht wurde.



Kennkarte für Anneliese Fränkel, geboren am 14. Oktober 1916 in Berlin, mit dem »J« [Jude] und dem Zwangsnamen »Sara« vom 18. Juni 1941, gültig für fünf Jahre.
© Jüdisches Museum Berlin



Berlin, 29. September 1941: Eine Familie trägt inmitten anderer Passanten den gelben Stern als Zwangskennzeichen ihrer jüdischen Abstammung.
© Scherl/Süddeutsche Zeitung

121					121				
Lfd. No.	Datum des Eing.	Das Kranke Name	Aufnahme No.	Einwoh.	Klinische Diagnose	Untersuchungspat. zu welchem auf	Behand.	Datum des Austr.	Bemerkungen
215	14/4	Adolf Kertan	831/43	70			Schlafmittel Verg.		am 14/4 m. Pol. verlegt.
216	14/4	Friedrich Reichel	897/43	48				14/6	
217	17/4	Michaelis Moros	826/43	83 J.				4/5	
		Urmann						26/6	
218	19/4	Herta Kuntzebaum	904/43	62			Schlafmittel Vergift.	19/4	Pol.
219	19/4	Witke Jozymski	906/43	23			Schlafmittel Vergift.		m. Pol. verlegt. 21/4.
220	19/4	Gertha Kowent	906/43	57			Schlafmittel Vergift.		m. Pol. verlegt. 22/4.
221	19/4	Wise Sals	907/43	51			Schlafmittel Vergift.		m. Pol. verlegt. 22.4.43
222	19/4	Spitz Nathaniel	912/43	58				14/6	
223	21/4	Wjodan Kowka	925/43	58				3/5	
224	21/4	Dorot Kuslanin	931/43	47					
225	21/4	Warya W. Bilibik	915/43	20			Gift Brandst.		25.4.43 m. Pol. verlegt. 26.4.43
226	21/4	Brud Reich	920/43	20					m. Pol. verlegt. 26.4.43

Nicht wenige Berliner Jüdinnen und Juden entzogen sich der Deportation durch Suizid. Nicht selten misslangen die Versuche, sich mit Schlafmitteln zu vergiften. Das Patienteneingangsbuch des Jüdischen Krankenhauses Berlin aus dem Jahr 1943 verweist auf derartige Suizidversuche. Nachdem die Patienten stabilisiert waren, wurden sie in das im Krankenhaus befindliche Polizeigefängnis verlegt und wenig später deportiert.
© Archiv Stiftung Neue Synagoge/Centrum Judaicum



Die ehemalige Synagoge in der Levetzowstraße diente Anfang der 1940er Jahre als Sammellager. Die Reste der 1944 von Bombentreffern zerstörten Synagoge wurden Mitte der 1950er Jahre abgerissen. Das Deportationsmahnmal am ehemaligen Standort der Synagoge entstand 1988 auf Initiative des Berliner Senats.
© Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas

Notiz von Klaus Scheurenberg an seinen Vater auf der Rückseite eines Rezeptes, um 1942. Der Vater, der selbst als jüdischer Ordner arbeiten musste, konnte seine Familie aus dem Sammellager »Große Hamburger Straße« freibekommen. Am 7. Mai 1943 wurde die Familie von der Gestapo »abgeholt« und vom Anhalter Bahnhof aus nach Theresienstadt deportiert. Sie überlebte.
© Privatbesitz Ellen Scheurenberg

Berliner Deportationsbahnhöfe

»Wir schaffen nun die Juden aus Berlin hinaus. Sie sind am vergangenen Samstag schlagartig zusammengefasst worden und werden nun in kürzester Frist nach dem Osten abgeschoben.«

Tagebucheintrag des »Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda« Joseph Goebbels vom 2. März 1943.

»Fabrik-Aktion« und Frauenprotest in der Rosenstraße

Ende Februar 1943 lebten noch etwa 27 000 Juden in Berlin, 11 000 von ihnen als Zwangsarbeiter in der Rüstungsindustrie. In der sogenannten »Fabrik-Aktion« wurden am 27. Februar 1943 mehr als 8 000 von ihnen unmittelbar von ihren Arbeitsplätzen abgeführt und in Sammelagern interniert. Etwa 2 000 kamen in das Sammellager in der Rosenstraße in Berlin-Mitte, ein Gebäude der ehemaligen Behörde für Wohlfahrtswesen und Jugendfürsorge der Jüdischen Gemeinde. Nach Bekanntwerden der »Fabrik-Aktion« sammelten sich spontan nichtjüdische Ehepartner aus sogenannten »Mischehen« und forderten die Freilassung ihrer Angehörigen. Während viele dieser in einer interkonfessionellen Ehe lebenden Zwangsarbeiter aufgrund der Frauenproteste freikamen, erfolgte zwischen dem 1. und 6. März 1943 die Verschleppung der übrigen Zwangsarbeiter in fünf Transporten (31.–35. Ost-Transport) direkt nach Auschwitz.

Rund 4 000 der sogenannten »Rüstungsjuden« konnten sich rechtzeitig verstecken, da sie zuvor gewahrt wurden. Als sogenannte »U-Boote« in Berlin untergetaucht, überlebten viele von ihnen den Holocaust.



Der 1879 als »Bahnhof Hundekehle« eröffnete Halt der »Berliner-Wetzlarer Eisenbahn« diente seither auch als Güterbahnhof. Vom Gleis 17 fuhren seit 18. Oktober 1941 Deportationszüge Richtung Osten.
© Historische Ansichtskarte von 1898, gemeinfrei



Ab Juni 1942 begannen »Alterstransporte« in das Ghetto Theresienstadt, die vom Anhalter Bahnhof aus als sogenannte »Wohnsitzverlegungen« durchgeführt wurden. Deportiert wurden über 65-Jährige, Vershrte, jüdische Ehepartner, deren »Mischehen« geschieden wurden, sowie deren Kinder bis zu einem Alter von 14 Jahren. Bis März 1945 wurden 121 »Alterstransporte« mit annähernd 15 000 Menschen durchgeführt.

© Sammlung Mauruszat



Die ehemalige Rampe des Gleis 17 am Bahnhof Grunewald. Foto: Judith Kessler



Die ehemalige Deportationsrampe (Gleis 69) am Güterbahnhof Moabit konnte 2017 dank einer Bürgerinitiative vor der gänzlichen Überbauung bewahrt werden. Von diesem Gleis aus ging ab Mitte 1942 ein Großteil »Ost-Transporte« in die Ghettos und Vernichtungslager.
© Gleis 69 e.V.



In der Rosenstraße, wo einst die Frauen für die Freilassung ihrer Ehemänner protestierten, befindet sich heute die von Ingeborg Hunzinger gestaltete Figurengruppe, die an die »Fabrik-Aktion« von 1943 erinnert.
© Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas

Ziele der Deportation

Nach dem deutschen Überfall auf Polen wurde Łódź, 130 km südlich von Warschau gelegen, in »Litzmannstadt« umbenannt und dem »Reichsgau Wartheland« zugeordnet. Im Februar 1940 veranlasste Litzmannstadts Polizeipräsident SS-Brigadeführer Johannes Schäfer den Bau eines Ghettos mit Bahnanschluss im Norden der Stadt, in das die ersten vier Berliner »Ost-Transporte« führten. Die als »Umsiedlung« deklarierte Deportation endete für fast alle der etwa 4 034 Berliner Jüdinnen und Juden im 60 km entfernten Vernichtungslager Kulmhof (Chelmno).
© public domain



Unweit der polnisch-ukrainischen Grenze befand sich die kleine Bahnstation Sobibor an der im Mai 1942 ein NS-Vernichtungslager errichtet wurde. Unmittelbar nach Ankunft der Züge wurden die Deportierten in sechs Gaskammern ermordet. Das zeitgenössische Bild zeigt deutsches Bahnpersonal, das den reibungslosen Bahnverkehr vor Ort gewährleistete.
© Sammlung Thomas Toivi Blatt



Das Ghetto von Riga, 1942. Zwischen November 1941 und Dezember 1942 erreichten acht Berliner »Ost-Transporte« die lettische Hauptstadt. Damit wurden über 7 600 Jüdinnen und Juden der Reichshauptstadt nach Riga verbracht und viele von ihnen unmittelbar nach Ankunft ermordet. Lediglich 39 Berliner Juden überlebten das dortige Ghetto und den Weitertransport in andere Lager.
© Bundesarchiv



Seit November 1942 führen, beginnend mit dem 23. »Ost-Transport«, die Berliner Züge direkt nach Auschwitz und auch die sogenannten »Alters-transporte«, die zuvor Theresienstadt zum Ziel hatten, nahmen direkt Kurs auf jenes Vernichtungslager, das zum Symbol für den Zivilisationsbruch des 20. Jahrhundert geworden ist.
© Bundesarchiv

Trawniki bei Lublin, Durchgangslager, in das zwischen 28. März und 14. April 1942 die »11.–14. Ost-Transporte« geleitet wurden. Anschließend ging es für viele Deportierten in das Vernichtungslager Sobibor. Vermutlich überlebten lediglich zehn der etwa 1700 nach Trawniki verschleppten Berliner Jüdinnen und Juden.
© gemeinfrei



Gepäckstücke der Deportierten im Ghetto Minsk. Am 14. November 1941 verließ der »5. Ost-Transport« den Bahnhof Grunewald mit 966 jüdischen Männern, Frauen und Kindern. Diese waren für das Ghetto Minsk vorgesehen, das vier Monate zuvor für die etwa 90 000 Minsker Juden errichtet wurde. Vor Ankunft des Berliner Transportes musste zunächst »Platz geschaffen« werden, sodass über 20 000 einheimische Juden von Einsatztruppen der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes außerhalb von Minsk erschossen und in Massengräbern verscharrt wurden.
© gwminsk



Am 17. November 1941 verließ der »6. Ost-Transport« mit 1006 Deportierten die Reichshauptstadt. Fahrtziel war die damalige litauische Hauptstadt Kaunas (russ. Kowno; dt. Kauen). Dort wurde die menschliche Fracht in das IX. Fort verbracht, eine vor dem Ersten Weltkrieg fertiggestellte Befestigungsanlage. Ein Exekutionskommando wartete bereits auf die Eintreffenden – keiner der Deportierten überlebte. Das Bild aus dem Sommer 1941 dokumentiert eine jener Erschießungen im IX. Fort, Kaunas.
© Yad Vashem



Am 24. November 1941 wurde das Ghetto Theresienstadt in der ehemaligen nordböhmisches Garnisonstadt errichtet. Es sollte der internationalen Öffentlichkeit als Vorzeigeort der »Umsiedlung« dienen und die geplanten Massenvernichtungen verschleiern. Rund 60 Prozent der dorthin Verbrachten wurde zwischen Januar 1942 und Oktober 1944 in Vernichtungslagern ermordet, etwa 23 Prozent der Insassen starb vor Ort. Von Berlin aus gingen zwischen Juni und November 1942 allein 75 »Alterstransporte« nach Theresienstadt.
© Ghetto Fighter House

Mitmachen oder wegschauen!?

Akteure und Mitläufer

Die reibungslose Durchführung der Abtransporte erfolgte durch das Zusammenspiel verschiedener Institutionen. So leisteten die Finanzbehörden eine entscheidende Amtshilfe, indem sie vorab die Vermögen der Deportierten einzogen. Unter Leitung von Adolf Eichmann organisierte das »Judenreferat« innerhalb des »Reichssicherheitshauptamtes« (RSHA) alle übrigen reichsweiten Maßnahmen für die sogenannten Umsiedlungen ab Oktober 1941. Die »Reichsvereinigung der Juden in Deutschland« (RV) wurde zwangsverpflichtet, dem RSHA zuzuarbeiten, indem sie Mitgliederlisten der Jüdischen Gemeinden vorzulegen und alsbald auch Deportationslisten anzufertigen hatte. Sie musste Sammellager und Verpflegung bereitzustellen und die anfallenden Kosten für die vermeintlichen »Umsiedlungen« begleichen. Die »Deutsche Reichsbahn« (DR) organisierte die »Massenbeförderung« generalstabsmäßig, erarbeitete Strecken- und Fahrpläne, stellte Züge bereit – zunächst Abteilwagen, später Viehwaggons. Der Fahrpreis 3. Klasse wurde pro Person und Fahrtstrecke in Rechnung gestellt. Allein aus dem Großdeutschen Reich wurden zwischen 1941 und 1945 mindestens 265 000 Menschen in Richtung Osten deportiert.

171

- 6 -

L a n d	Zahl
A. Altreich	131.800
Ostmark	43.700
Ostgebiete	420.000
Generalgouvernement	2.284.000
Bialystok	400.000
Protektorat Böhmen und Mähren	74.200
Estland	
- judenfrei -	
Lettland	3.500
Litauen	34.000
Belgien	43.000
Dänemark	5.600
Frankreich / Besetztes Gebiet	165.000
Unbesetztes Gebiet	700.000
Griechenland	69.600
Niederlande	160.800
Norwegen	1.300
B. Bulgarien	48.000
England	330.000
Finnland	2.300
Irland	4.000
Italien einschl. Sardinien	58.000
Albanien	200
Kroatien	40.000
Portugal	3.000
Rumänien einschl. Bessarabien	342.000
Schweden	8.000
Schweiz	18.000
Serbien	10.000
Slowakei	88.000
Spanien	6.000
Türkei (europ. Teil)	55.500
Ungarn	742.800
UdSSR	5.000.000
Ukraine	2.994.684
Weißrußland aus- schl. Bialystok	446.484
Zusammen: über	11.000.000

K210405 372029

Liste mit geschätzten jüdischen Bevölkerungszahlen in Europa, die im Januar 1942 auf der »Wannsee-konferenz« als Grundlage für die »Endlösung der Judenfrage« diente.
Quelle: Haus der Wannseekonferenz



Kurz nach Beginn des Zweiten Weltkrieges führte der Reichsführer SS, Heinrich Himmler, Sicherheitspolizei (Sipo) und Sicherheitsdienst (SD) in einer übergeordneten Behörde zusammen, dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA). Fortan war das von Reinhard Heydrich geführte RSHA als Planungs-, Aktions- und Befehlszentrum die zentrale Institution der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik. Auf dem Gelände der ehemaligen Prinz-Albrecht-Straße 8 (historische Aufnahme) befindet sich heute die Gedenk- und Dokumentationsstätte Topographie des Terrors (Niederkirchnerstraße 8).

© Bundesarchiv; Stiftung Topographie des Terrors

Telegrammbrief!

An die RBD'en
Berlin, Breslau, Dresden, Erfurt, Frankfurt, Halle(S),
Karlsruhe, Königsberg(Pr), Linz, Mainz, Oppeln,
Osten in Frankfurt(O), Posen, Wien,
Generaldirektion der Ostbahn in Krakau,
Reichsprotector, Gruppe Eisenbahn in Prag,
GVD Warschau, RVD Minsk,
nachr GBL Süd München, GEL West Essen

- je besonders 3 x -

Empf. - 8. FEB 1943

Adm.

Betr: Sdz für Umsiedler in der Zeit
vom 20.1. bis 28.2.1943

Wir übersenden eine Zusammenstellung der am 15.1.43
in Berlin vereinbarten Sonderzüge für Umsiedler (Vd, RM,
Po, Pj u Da) in der Zeit vom 20.1. bis 28.2.43 und einen
Umlaufplan für die zur Bedienung dieser Züge zu verwenden-
den Wagenzüge.

Die Zugbildung ist bei jedem Umlauf angegeben und
zu beachten. Nach jeder Vollfahrt sind die Wagen gut zu
reinigen, erforderlichenfalls zu entwesen und nach Been-
digung des Programms zum weiteren Einsatz bereitzustellen.
Zahl und Gattung der Wagen sind beim Auslauf des letzten
Zuges festzustellen, uns fernmündlich mitsuteilen und mit
Dienstkarte zu bestätigen.

gez Dr Jacobi

Minsk, den 9. 1. 43

Beglaubigt:

2781

»Telegrammbrief« der Reichsbahn, Generalbetriebs-
leitung Ost, an regionale Direktionen über Sonder-
züge (»Sdz«) für »Umsiedler« vom 16. Januar 1943.
Retour (nach Reinigung und »Entwesung«) wurden
die Züge für den Transport von »Volksdeutschen«
(»Vd«) nach Deutschland eingesetzt.
© Bundesarchiv



Im Schulterschluss mit der »nationalen Regierung«
forderte Reichsbahnchef Julius Dormmüller alle
Eisenbahner auf, sich mit »voller Kraft« einzubringen.
Der Vorstand der Deutschen Reichsbahn (1934)
v.l.n.r.: Max Leibbrand (Betrieb), Johannes Vogt
(Verkehr), Gustav Hammer (Einkauf), Julius
Dormmüller (Generaldirektor), Georg Gollwitzer
(Vertreter Bayerns), Wilhelm Kleinmann (Personal),
Ludwig Homberger (Finanzen).
© Historische Sammlung Deutsche Bahn AG



Im Gegensatz zu anderen Orten, wie hier im April 1942 in Würzburg, gibt es für Berlin keinerlei Bildmaterial, das die kilometerlangen Märsche der Deportierten von den Sammellagern zu den Verlagerampen dokumentiert.
© akg images

»Es war seltsam, wie die Berliner solchen Aktionen zu entgehen verstanden, die sich in ihrer Stadt zutrugen. Wie viele von ihnen hinter den Vorhängen standen, ließ sich nur raten.«

Quelle: Inge Deutschkron, Ich trug den gelben Stern, S. 106

**Oberfinanzkasse
des Oberfinanzpräsidenten
Berlin-Brandenburg**

Berlin W 15, 8. Sept. 42 39
Kurfürstendamm 193/194

Herrn
Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg
Vermögensverwertungsstelle
Berlin NW 40
Alt-Moabit 143

Betrifft: Vermögensbeschlagnahmefache O 5210- XIV/8553
5205

Von O.F. Kreis Ost-Brandenburg
Dr. Julius Schweps

Amst. Friedr. 25.8.42

sind 2.066 RM - 74 (Wert 74) eingezahlt und im Titelfuch 1 Teil-
band G unter lfd. Nr. 33/514 als dem Reich verfallen erklärte Vermögenswerte verbucht worden.

Im Auftrag
Luth 87 27

C/2340. DSD. 291/42.

Laut der »11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz« vom 25. November 1941 verloren die zur »Evakuierung« vorgesehenen Juden mit der Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft auch ihr gesamtes Eigentum. Mit dem Deportationsbescheid erhielten sie die Aufforderung eine »Vermögensklärung« abzugeben, in der alle

Eigentumswerte zu erfassen waren. Die Finanzbehörden zogen das Vermögen ein, um es zur »Förderung aller mit der Lösung der Judenfrage in Zusammenhang stehenden Zwecken« (zitiert aus der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz) einzusetzen.
© Brandenburgisches Landeshauptarchiv



O JUDEN R



Erinnerungen an neun Deportierte,
die zwischen dem 18. Oktober 1941
und dem 12. Januar 1942
aus Berlin in Ghettos und Vernichtungslager
verschleppt wurden:

Mit dem ersten Deportationszug
ab Grunewald

Sara Frieda Raphaelson – Litzmannstadt

Ein Tagebuch gibt Auskunft

Berthold Rudner – Minsk

Der erste Zug in den unmittelbaren Tod

Ilse Benda – Kaunas

Die Postkarten kamen nie an

Gert Rosenthal – Riga

Die katholische Konfession schützte nicht
vor Verfolgung

Familie Braun – Trawniki/Piaski

Ihr Lehrer und Begleiter bis in den Tod

Sally Bein – Sobibor

Die Quellen sprechen

Bruno, Hanna und Helga Drexler – Raziku

Preußische Tugenden bis zum Schluss

Julius Schoeps – Theresienstadt

»Nesthäkchen fliegt aus dem Nest«

Else Ury – Auschwitz

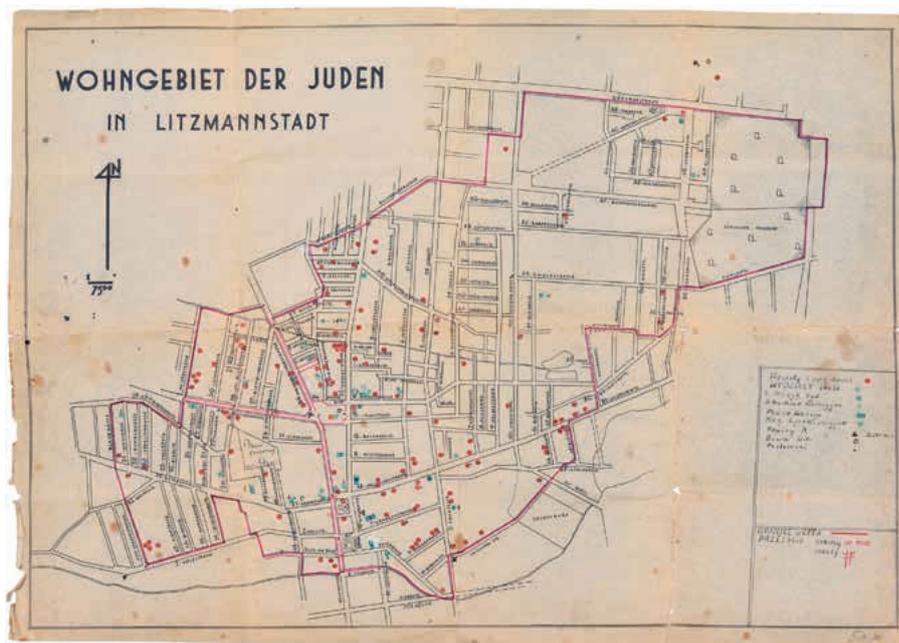
Mit dem ersten Deportationszug ab Grunewald Sara Frieda Raphaelson am 18. Oktober 1941 nach Litzmannstadt deportiert



Sara Frieda Raphaelson, geboren am 14. September 1899 in Mönchengladbach, zählte in der Weimarer Republik zu den »neuen« Frauen, die eigenverantwortlich und selbstbewusst ihr Leben gestalteten. Einen Monat nach ihrem 42. Geburtstag wurde sie aus Berlin verschleppt.
© Familienbesitz Raphaelson

Die Tochter des Textilfabrikanten und Musikmäzenen Louis Raphaelson hatte 1914 bereits mit 15 Jahren ihren Vater verloren. Erst kurz zuvor war die Familie nach Berlin gezogen. Mit fünf Geschwistern und ihrer Mutter Elisabeth, geborene Salomons, kehrte Frieda Raphaelson an den Niederrhein zurück und begann eine Schneiderlehre. 1928 kam sie erneut nach Berlin und bildete sich zur Schneidermeisterin weiter. 1934 verlagerte sie das vormalig in der Schönhauser Allee angesiedelte Nähatelier ins Bayerische Viertel, wo seither fast ausschließlich die jüdische Nachbarschaft ihrer Kundschaft bildete.

Als alleinstehende Frau zählte Frieda Raphaelson zu den 1013 Berliner Juden, die am 18. Oktober 1941 mit dem ersten »Osttransport« in das Ghetto Litzmannstadt deportiert wurden. Dort traf sie wenig später ihren jüngeren Bruder Karl Heinrich wieder, der aus Köln in das polnische Łódź verschleppt wurde. Am Morgen des 8. Mai 1942 musste Frieda mit 60 weiteren Personen einen geschlossenen Kastenwagen besteigen, in den Abgase geleitet wurden. Im nahegelegenen Kulmhof (Chełmno) wurde die leblose Fracht in zuvor ausgehobenen Massengräbern verscharrt.



Bei der Ankunft in Litzmannstadt wurde den Deportierten eine Wohnadresse im Ghetto zugewiesen. Frieda Raphaelson hauste sechs Monate mit mehreren Dutzenden weiteren Verschleppten in einer Wohnung in der Alexanderhofstraße 9/7 a.

Im Ghetto Litzmannstadt gab es eine eigene Währung. Die Neuankömmlinge mussten ihre mitgeführte Reichsmark gegen das Lagergeld eintauschen.

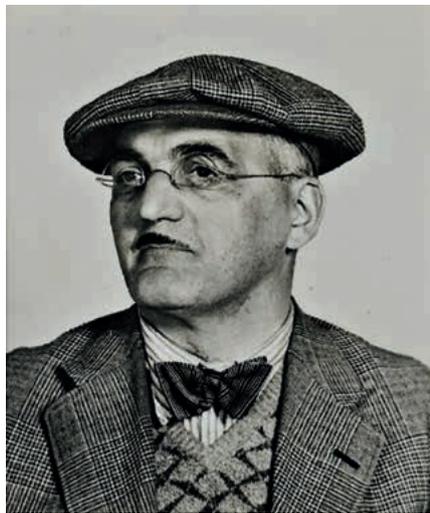
Ein Tagebuch gibt Auskunft Berthold Rudner am 9. November 1941 nach Minsk deportiert

Seit seiner Jugend in sozialdemokratischen Kreisen aktiv, war der 1885 in Wien geborene Berthold Rudner neben seinem Hauptberuf als Schlosser zudem journalistisch tätig und schrieb u.a. für den »Vorwärts«. 1908 in die USA ausgewandert, engagierte er sich in der amerikanischen Arbeiterbewegung, kehrte aber während der Weltwirtschaftskrise nach Europa zurück.

In den 1930er Jahren betrieb er eine Autowerkstatt im Berliner Hansaviertel, die als konspirativer Treffpunkt der Widerstandsgruppe »Deutsche Volksfront« diente.

Rudner wurde 1938 verhaftet und erhielt eine zweijährige Gefängnisstrafe wegen »Verteilens illegaler Schriften und Beschaffung von Spendengeldern«.

Nach seiner Entlassung nahm er erneut Kontakt zu Mitgliedern der Widerstandsgruppe auf. Als passionierter Tagebuchschreiber hielt Rudner nicht nur den Tag seiner Deportation fest, sondern setzte die Einträge auch im Ghetto Minsk fort, wohin er am 9. November 1941 verschleppt wurde. Der letzte Tagebucheintrag stammt vom 3. Juni 1942.



Das Foto von Berthold Rudner wurde 1938 bei seiner Verhaftung aufgenommen.
© Bundesarchiv

Akrostichon

Bewunderungswürdig ist deine Kraft,
Erhobenen Hauptes verließst Du die Haft
Regsam blieben Geist und Körper Dir,
Trotzig dein Mut hinter Kerkers Tür
Herbes und Unrecht hast du erfahren,
Oft nur mit Müh' kannst die Ruh' Du bewahren
Leid, Druck und Knechtschaft hast Du erlebt,
Du dessen Sinn nach Höherem strebt.

Reckest die [...] und dehnest die Brust
Und denkst an die Zukunft voll Hoffnung und Lust.
Denn stärker als je kannst Du Dich beweisen
Nerven von Stahl und Körper wie Eisen,
Eisern die Muskeln, Schädel wie Erz
Recht hart auch Dein Wille, stark ist Dein Herz.

Das Tagebuch von Berthold Rudner ist eine der wenigen authentischen Quellen, die das Lagerleben im Ghetto Minsk dokumentieren. Darin enthalten ist auch ein BERTHOLD RUDNER gewidmetes Gedicht der ebenfalls aus Berlin deportierten Martha Crohn (1878–1942). Wie der Titel des Gedichtes verrät, ergeben die Anfangsbuchstaben der Zeile, vertikal gelesen einen Sinnzusammenhang, hier der Vor- und Zuname der Person, der Martha Crohn das Gedicht zudachte und das sie wenige Tage vor ihrer Ermordung im Januar 1942 verfasst hatte.

Der erste Zug in den unmittelbaren Tod Ilse Benda am 17. November 1941 nach Kaunas deportiert

Ilse Benda wurde am 10. Mai 1910 in Posen, damals Hauptstadt der gleichnamigen preußischen Provinz, geboren.

Die Eltern Siegfried und Lina Benda, geb. Sachs, führten eine Kolonialwarenhandlung in der Nähe der Neuen Synagoge. Nachdem 1919 Posen im Versailler Vertrag dem polnischen Staat angegliedert wurde, zog die Familie fort. Ilse Benda machte eine Ausbildung zur Krankenschwester und arbeitete im Jüdischen Krankenhaus in Berlin.

Im November 1941 wurde sie mit dem sechsten Berliner »Ost-Transport« nach Kowno (Kaunas) verschleppt. Der Zug verließ Berlin am 17. November und erreichte Kowno acht Tage später. Bis zum 29. November 1941 kamen noch vier weitere Transporte aus München, Frankfurt am Main, Breslau und Wien in Kowno an. Die aus dem Reichsgebiet eingetroffenen Juden wurden nicht in das Ghetto gebracht, sondern direkt zum IX. Fort geführt. Es handelte sich um die erste Massenerschießung von Juden aus dem Deutschen Reich. Unter den knapp 5 000 Ermordeten befand sich auch Ilse Benda.



Ilse Benda in der Schwesterntracht des Jüdischen Krankenhaus in Berlin.
© Yad Vashem, Hall of Names, Page of Testimony



Berlin, ca. 1935: Jüdisches Krankenhaus im Bezirk Wedding. Die Gebäude in der Iranischen Straße dienten ab 1944 auch als Sammellager für Deportationen. Aufnahme von Herbert Sonnenfeld, ca. 1935.
© Jüdisches Museum Berlin



Kaunas, 2014: Das rekonstruierte IX. Fort wird seit 1958 als Museum genutzt.
© Wikimedia/Zairon

Die Postkarten kamen nie an Gert Rosenthal am 19. Oktober 1942 nach Riga deportiert

Gert Rosenthal wurde 1932 in Berlin geboren. Die Familie Rosenthal lebte im Stadtbezirk Prenzlauer Berg. Nach dem frühen Tod der Eltern kamen Gert und sein älterer Bruder Hans im Januar 1942 in das Baruch-Auerbachsche Waisenhaus in der Schönhauser Allee 162. Hans musste Zwangsarbeit leisten und geriet auf diese Weise zu einem Einsatz nach Brandenburg. Der zehnjährige Gert wurde am 19. Oktober 1942 mit anderen Kindern und Jugendlichen des bereits geschlossenen Baruch-Auerbachschen Waisenhauses nach Riga deportiert. Er versprach seinem im Berlin zurückgelassenen Bruder regelmäßig Postkarten zu schicken. Der »21. Osttransport« wurde am Güterbahnhof Moabit abgefertigt und bestand aus 959 Personen, darunter 140 Kinder im Alter bis zehn Jahre. Hans und viele andere dieser Kinder wurden kurz nach Ankunft in Riga ermordet.

1943 gelang es dem Bruder Hans sich bis zum Kriegsende in einer Laubenkolonie in Berlin zu verstecken. Nach dem Krieg avancierte er zu einem der beliebtesten TV- und Radiomoderatoren der Bundesrepublik. Das Schicksal von Gert Rosenthal wurde einer breiteren Öffentlichkeit durch die Autobiografie seines Bruders bekannt.



Gert und Hans Rosenthal, ca. 1940
© Archiv Centrum Judaicum (Repro Margit Billeb)



Berlin, Auerbachsches Waisenhaus, Ballspiel, nach 1936
© Jüdisches Museum Berlin, Schenkung von Leonie und Walter Frankenstein



Berlin, Erinnerungsort Baruch-Auerbachsches Waisenhaus, 2014 mit der Gravur von Gert Rosenthals Namen.

© Uwe Neumärker, Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas

Ihr Lehrer und Begleiter bis in den Tod Samuel (Sally) Bein am 13. Juni 1942 nach Sobibor deportiert

Der am 6. November 1881 in Hohensalza (heute Polen) geborene Volksschullehrer arbeitete seit 1906 an der »Israelitischen Taubstummenanstalt« in Berlin-Weißensee. 1908 übernahm Sally Bein die Leitung des ersten heilpädagogischen Schulheims für jüdische Kinder mit Behinderung in Beelitz. Nach 1933 suchten die Behörden immer wieder Vorwände, um die Einrichtung zu schließen. Allerdings gelang es Bein bis 1942 den Betrieb aufrecht zu erhalten. Die bis dahin verbliebenen 47 Kinder, Sally Bein, seine Frau Rebeka, die Tochter Lisa Karola sowie das weitere Personal der Schule wurden am 13. Juni 1942 dem 15. Berliner »Ost-Transport« angeschlossen und in das Vernichtungslager Sobibor deportiert und kurz nach der Ankunft ermordet.

oben: Sally Bein (Bildmitte) im Kreis seiner Schützlinge. Aus dem Fotoalbum des Arthur Feiner (1907–2009, linke Bildhälfte), der als Lehrer und Erzieher von 1930 bis 1933 in Beelitz tätig war. © Dagmar Drovs, Billerbeck

Mitte: Die Potsdamer Gestapo hatten auf eine »beschleunigte Räumung der bisherigen Wohnräume des Sally Bein« gedrängt, »da das Grundstück in Kürze von der Reichsjugendführung übernommen« werden sollte. Wenig später wurde dort eine Haushaltsschule des »Bund Deutscher Mädel« eröffnet.

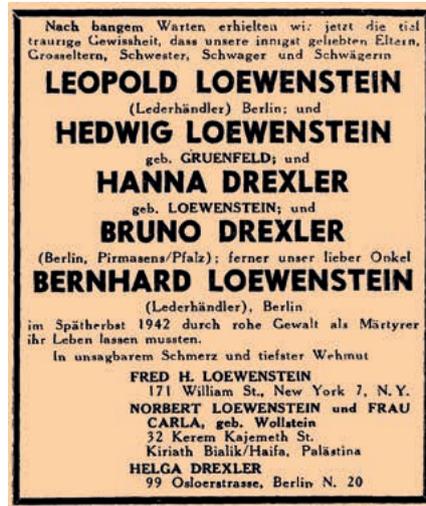
© Wohlfahrtskarte der Israelischen Erziehungsanstalt Beelitz, Archiv M.A. Koch

unten: Heute befindet sich auf dem Grundstück ein Gymnasium, das seit 1997 nach Sally Bein benannt ist. 2020 wurde für Sally Bein eine Gedenkplatte im Wald der Märtyrer in der Internationalen Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem in Israel enthüllt
© Fotograf: Wolfgang Chodan



Die Quellen sprechen Bruno, Hanna und Helga Drexler am 26. September 1942 nach Raziku deportiert

»Mein Vater – Bruno Drexler – und ich kamen am 26. 9. 42 gegen Mittag mit dem letzten Trupp aus der Levetzowstraße zum Bahnhof [...] Nach einer Bahnfahrt von einigen Tagen und Nächten [...] lasen wir draußen die Schilder »Riga«. In den Abteilen wurde während der Fahrt geweint und gebetet. [...] in Riga stand [...] der Zug eine Nacht. Dann auf einmal fuhr der Zug wieder [...] und kam im Morgengrauen in Raziku an [...] die Türen wurden aufgemacht und wir mußten aussteigen.« Die damals 17-jährige Helga und ihre Eltern Bruno und Hanna Drexler, geb. Löwenstein, wurden mit dem »20./22. Ost-Transport« in das estnische Raziku, unweit von Reval (heute Tallin) verschleppt. Ihre Mutter wurde unmittelbar nach Ankunft ermordet, ihr Vater kam im Sommer 1943 ums Leben. Die Tochter, die in verschiedenen Lagern Zwangsarbeit leisten musste, konnte im Januar 1945 fliehen und kehrte zunächst nach Berlin zurück. Helga Verleger war, ebenso wie ihr Ehemann, eine der wenigen, die die Deportation überlebt haben. Ihre Erinnerungen sind eine wichtige Quelle für die Geschichte der NS-Zeit. Ihr Interview von 2012, in dem sie auch über die Deportation von Berlin nach Raziku berichtet, ist nachhörbar unter: die-quellen-sprechen.de



Am 10. Mai 1946 veröffentlichte die Angehörigen der Familie Drexler eine Todesanzeige im »Aufbau«, jener deutsch-jüdischen Exilzeitung, die zwischen 1934 und 2004 in New York erschien und vielen deutschsprachigen Juden weltweit als Sprachrohr und Informationsplattform diente.



Wo sich einst das Sammellager in der Levetzowstraße befand, erinnert heute eine Gedenkstele an die Deportationsziele. Vermerkt ist auch der Transport nach Raziku am 26. September 1942.
© Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas

Preußische Tugenden bis zum Schluss Julius Schoeps am 4. Juni 1942 nach Theresienstadt deportiert

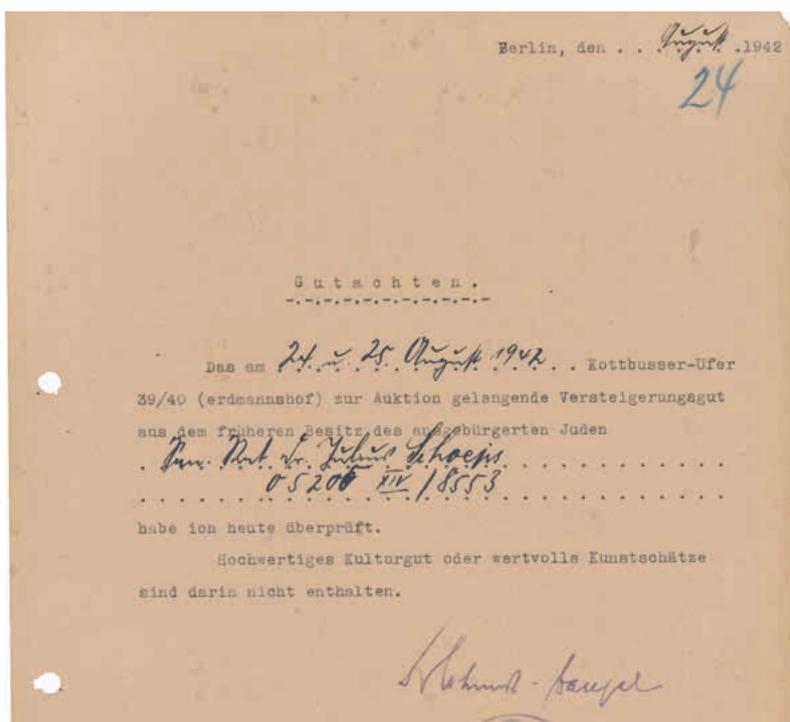
Aus Pflichtbewusstsein aber in Verkenntung der politischen Lage erwog der 75-jährige Sanitätsrat Julius Schoeps im Herbst 1939 sich freiwillig an die Front zu melden. Der promovierte Mediziner hatte sich 1891 als praktischer Arzt in Berlin niedergelassen und betrieb eine eigene Praxis in Kreuzberg. Während des Ersten Weltkriegs leitete er als Stabsarzt Feldlazarette in Berlin und Ostpreußen und betreute anschließend weiterhin Kriegsversehrte als Oberstabsarzt der Reserve. Nach Entzug seines Arzttitels gab der Mediziner 1938 seine Praxis in der Hasenheide auf. Anfang Juni 1942 musste sich Julius Schoeps im Sammellager Große Hamburger Straße einfinden. Am 4. Juni 1942 wurde er mit dem zweiten »Alters-transport« nach Theresienstadt deportiert, seine 22 Jahre jüngere Frau Käte begleitete ihn freiwillig dorthin. Julius Schoeps starb am 27. Dezember 1942 an einer nicht behandelten Nierenerkrankung.



Dr. Julius Schoeps (1864–1942) hatte als Freiwilliger im 2. Garde-Dräger-Regiment »Kaiserin Alexandra von Russland« Militärdienst geleistet (Aufnahme um 1914).
© Privatsammlung Julius H. Schoeps, Moses Mendelssohn Stiftung



Käte Schoeps, geb. Franke (1886–1944), mit ihrem 1909 geborenen Sohn Hans Joachim. Nachdem sie am 18. Mai 1944 von Theresienstadt nach Auschwitz verbracht wurde, verliert sich ihre Spur. Der Sohn konnte 1938 nach Schweden emigrieren und kehrte 1946 nach Deutschland zurück.
© Privatsammlung Julius H. Schoeps, Moses Mendelssohn Stiftung



Nach Aufgabe der Arztpraxis in der Kreuzberger Hasenheide zog das Ehepaar Schoeps in die Bismarckstraße nach Charlottenburg. Spätestens 1940 mussten sie diese Wohnung räumen und bezogen zwei Zimmer in der Reichsstraße. Das noch verbliebene spärliche Mobiliar wurde nach deren Deportation versteigert, wie das abgebildete »Gutachten« vermerkt.
© Brandenburgisches Landeshauptarchiv

»Nesthäkchen fliegt aus dem Nest«

Else Ury

am 12. Januar 1943

nach Auschwitz deportiert

Else Ury teilt das Schicksal mit vielen Berliner Jüdinnen und Juden, deren Bevölkerungsanteil 1933 vier Prozent betrug. Sie verschwanden während der NS-Zeit immer weiter aus dem Stadtbild, ihre gesellschaftliche Bedeutung wurde negiert, ihr Schicksal fast vollständig vergessen. Dabei galt beispielsweise die von Else Ury erschaffene blonde und lebenslustige Annemarie Braun mit dem Spitznamen »Nesthäkchen« seit dem Kaiserreich als Kompass und Identifikationsfigur so vieler junger Mädchen und Frauen in Deutschland und weit darüber hinaus. Als Angehörige des Berliner Bürgertums und eine der bedeutendsten Jugendbuchautorin jener Zeit blieb auch Else Ury (1877–1943) nicht vor der Verfolgung des NS-Regimes verschont. Im Alter von 65 Jahren wurde sie von Berlin aus mit dem »26. Ost-Transport« in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert und dort unmittelbar nach Eintreffen am 13. Januar 1943 ermordet.



Else Ury (1877–1943) entstammte einem liberalen jedoch kaisertreuen jüdischen Bildungsbürgertum. Zwischen 1913 und 1925 entstanden zehn Bände ihrer, bis heute bekannten Protagonistin. Der sechste Band »Nesthäkchen fliegt aus dem Nest« (1921) klingt rückblickend fast zynisch. Nur zwölf Jahre später wurde Else Ury deportiert, erhalten blieb nur ihr Koffer, der unlängst in der Gedenkstätte Auschwitz jener berühmten Autorin zugeordnet werden konnte.
© akg images

»Wenn meine Glaubensgenossen bleiben, dann habe ich so viel Mut, Charakter und die feste Entschlossenheit, ihr Los zu teilen.«

Else Ury, 1938



Koffer von Else Ury
© Gedenkstätte/Museum Auschwitz



Buchcover, Ende der 1920er Jahre
© Moses Mendelssohn Stiftung



Der lange Weg zum Gedenken am Gleis 17

Die erste Gedenktafel für die Deportierten wurde am 8. November 1953 zum 15. Jahrestag des antijüdischen Terrors 1938 am Signalhaus angebracht. Sie verschwand bald darauf. 20 Jahre später wurde eine neue Gedenktafel enthüllt, die 1986 gestohlen wurde. Sowohl die Bundesbahn als auch die Reichsbahn der DDR versäumten es bis 1990, das Mitwirken ihrer Vorläuferorganisation, der Deutschen Reichsbahn, an den Deportationen der jüdischen Bevölkerung angemessen aufzuarbeiten. Auf Initiative des Bezirks Wilmersdorf schuf der polnische Künstler Karol Broniatowski eine Betonmauer mit Negativabdrücken menschlicher Körper, die am 18. Oktober 1991 an der Rampe zum Güterbahnhof enthüllt wurde. Erst Mitte der 1990er Jahre entschloss sich die nunmehrige Deutsche Bahn AG, einen zentralen Gedenkort nach dem Entwurf des Architektenteams Nicolaus Hirsch, Wolfgang Lorch und Andrea Wandel zu errichten, – das »Mahnmal Gleis 17«. Es erinnert seit dem 27. Januar 1998 an die über 50 000 aus Berlin verschleppten jüdischen Kinder, Frauen und Männer. Anlässlich des 70. Jahrestages der ersten Deportation regte die Überlebende Inge Deutschkron 2011 eine jährliche Gedenkfeier am 18. Oktober an, die seitdem stattfindet.



Bahnhof Grunewald, 8. November 1953: Einweihung einer Gedenktafel für die von dort deportierten Juden. Die Feier wurde von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) gegen Widerstände der Westberliner Behörden durchgeführt. Das Bahngrundstück gehörte der Reichsbahn und stand damit unter DDR-Hoheit. Die Westberliner Polizei konnte nicht direkt eingreifen und versuchte, das Gelände abzusperren.

© Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Verband der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V. (VVN-VdA), Berlin/Presse-Illustrationen Tschuschke, Berlin



Das 1991 eingeweihten Kunstwerk von Karol Broniatowski. Foto: Kurt Blank-Markard



18. Oktober 2017, Gedenkfeier, v. l. n. r.: Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau, Initiatorin Inge Deutschkron, André Schmitz, Vorstandsvorsitzender der Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa, Margot Friedländer und Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin.

Die Zeitzeuginnen Inge Deutschkron und Margot Friedländer sind seit dem 26. Juni 2018 Ehrenbürgerinnen der Stadt Berlin.

© Stiftung Denkmal, Foto: Marko Priske

... und in Zukunft?

Wie kann das kollektive Erinnern über »Gedenktage« hinaus in der Gesellschaft angemessen verankert bleiben? Wie wird das Gedenken an den Holocaust/die Schoa in der Zukunft aussehen und was wird den nachfolgenden Generationen an Erinnerung weitergegeben? Diese Fragen stellen sich mehr denn je, da es kaum noch Zeitzeugen gibt, die unmittelbar über ihre Erfahrungen und Erlebnisse, ihre Ausgrenzung, Verfolgung und Vertreibung Auskunft geben können. Topografisch verankert bleiben die Orte jener Geschehnisse, die den nachfolgenden Generationen als historischer Anker für das Erinnern und Gedenken dienen können.



Foto: Judith Kessler, 2020

Interdisziplinäres Erinnern auf dem Else Ury Campus

Mit dem geplanten Gedenk-Campus, nach der Jugendbuchautorin benannt, die selbst 1943 deportiert und in Auschwitz ermordet wurde, soll ein Ort geschaffen werden, an dem sich gesellschaftspolitisch engagierte und geschichtsbewusste Studierende aus verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen begegnen, um an einem historisch authentischen Ort gemeinsam zu wohnen, zu arbeiten, zu lernen und ihr Wissen weiterzugeben.

Darüber hinaus ist ein Dokumentationszentrum zur Geschichte des »Mahnmal Gleis 17« geplant, das über die Deportationen während der NS-Zeit informiert. Aus der reinen Zahl von über 50 000 verschleppten Berlinerinnen und Berlinern sollen wieder Namen und Biografien rekonstruiert werden, die künftig vor Ort recherchiert und beforscht werden.

Schülerinnen und Schüler der Berliner Bildungseinrichtungen sollen zur Mitarbeit angeregt werden. Sie sind angehalten, selbst Biografien zu recherchieren und eigene Ideen zur Gestaltung und Vermittlung der historischen Ereignisse einzubringen. Bis zur Fertigstellung des Dokumentationszentrums werden Kontakte zu Schulen hergestellt und Möglichkeiten der Zusammenarbeit eruiert. Mit laufendem Betrieb des Else Ury Campus sollen regelmäßig mobile Klassenzimmer und Workshops für alle Sekundarstufen vor Ort angeboten werden.



Entwurf des Elise Ury Campus, der auf einem Nachbargelände, etwa 350 Meter vom Mahnmal »Gleis 17« entfernt, entstehen soll. In einem der drei Gebäude ist ein Dokumentationszentrum zur Geschichte der Berliner Deportationen während der NS-Zeit geplant, das von den auf dem Campus lebenden Studierenden betreut werden soll.
© Moses Mendelssohn Stiftung

Dank

Uwe Neumärker und Friederike Pescheck von der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas sowie Sarah Breithoff von der Ständigen Konferenz der NS-Gedenkorte im Berliner Raum gilt unser großer Dank für die inhaltliche wie organisatorische Unterstützung, insbesondere bei der Bildbeschaffung.

Dank gilt des Weiteren dem Gestalter Kurt Blank-Markard für seine Ausdauer und das feine Gespür bei der Umsetzung sowie dem Webdesigner

Joscha Kükenshörer, der einer Online-Fassung erarbeitet hat, über die diese Broschüre als PDF-Dokument abgerufen werden kann (<http://else-ury-campus.de>).

Impressum

Ein Projekt der Moses Mendelssohn Stiftung unter Mitwirkung von Studierenden der Universität Potsdam, der Freien Universität Berlin und der Technischen Universität Berlin:

Vanessa Braun, Felix Brandel, Franziska Karow, Philipp Kaschull, Philipp Köppen, Emanuel Neumann, Karolin Nolte, Isabelle Regner, Maria Rottländer, Anna Schabel, Celine Thorns, Hanna Werner; unterstützt durch die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas.

Im vorliegenden Text wird das generische Maskulinum für alle Geschlechter verwendet.

Gestaltung: Kurt Blank-Markard

Druck: Saxoprint GmbH

Kontakt

Dr. Elke-Vera Kotowski

Moses Mendelssohn Stiftung

Fasanenstraße 3

10623 Berlin

elke-vera.kotowski@mendelssohnstiftung.com



